

Liebe Genoss:innen,
im Namen des Stadtvorstandes wünschen
wir euch eine ruhige und besinnliche
Weihnachtszeit und einen guten Rutsch
ins neue Jahr.

Ute Haupt & Jan Röttschke
Vorsitzende DIE LINKE. Halle



Linkes Blatt **DIE LINKE.**

11. Ausgabe / 32. Jahrgang

Für Halle (Saale)

13. Dezember 2022

Inflationsgeld bleibt nötig!

Dass von der LINKEN vorgeschlagene Inflationsgeld für kleine und mittlere Einkommen in Höhe von 125 Euro plus 50 Euro für jede weitere Person bleibt notwendig, denn auch im November betrug die Inflation zehn Prozent.

Das Absinken um 0,4 Prozent seit Oktober bringt dabei keine echte Entspannung. Vielmehr wird schon mit neuen Preissteigerungen bei Lebensmitteln im Januar gerechnet.

Es muss jetzt darum gehen, die Energiepreispbremse sozial auszugestalten und Menschen konkret und dauerhaft zu entlasten. Über das Inflationsgeld hinaus schlagen wir ein einmaliges Wintergeld vor, welches die bestehenden Maßnahmen ergänzt und sich explizit an kleine Einkommen richtet.

Davon würden gerade in Halle unzählige Haushalte profitieren.



Kürzungen an der MLU gehen weiter - trotz kleiner Erfolge

Am Mittwoch, dem 7. Dezember 2022, kam es an der Martin-Luther-Universität wieder zu studentischen Protesten. Grundlage dafür war erneut die Kürzungspolitik, die sich aus der mangelhaften Finanzierung durch das Land Sachsen-Anhalt erklärt. Dieser Kürzungspolitik sollte die Politikwissenschaft geopfert werden, die ausgerechnet die Professur für Politische Theorie abgeben sollte. Das hat der akademische Senat der MLU nun verhindert. Stattdessen soll nun quer durch die Fakultät gekürzt werden, um diese zentrale Professur zu erhalten. Das war ein klarer

Erfolg der Fachvertreter*innen und der protestierenden Studierenden.

Allerdings bleibt das Problem des Bildungsabbaus trotzdem bestehen, da sich auf Landesebene keine finanzielle Kursänderung erahnen lässt. Letztendlich ist es eine Schande für die Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt, wenn ganze Fachbereiche zur Disposition gestellt werden, weil in den letzten Jahren die gestiegenen Kosten und weitergehenden Aufgaben nicht kompensiert wurden.

weiter auf Seite -2-

Kürzungen an der MLU gehen weiter...

Das sieht man auch daran, dass andere Fächer eben nicht gerettet werden konnten: So wurden die Südasienswissenschaften und die Indologie nun geschlossen, womit die einzige Möglichkeit in Sachsen-Anhalt dahin ist, zum historischen und aktuellen Indien wissenschaftlich zu arbeiten bzw. sich darin ausbilden zu lassen.

Auch andere Fächer müssen daran glauben, unabhängig davon, ob sie nachgefragt oder forschungsstark sind. Diese Rotstift-Politik droht aufgrund der Energiekrise natürlich auch in anderen Bereichen, an der MLU war sie aber immer aktuell. Bundesweit macht

allerdings Hoffnung, dass es überall Proteste gegen die Streichung von Lehrstühlen und anderen Kürzungen gibt. In Erfurt wurde die Uni besetzt, um gegen kürzere Öffnungszeiten zu protestieren. In Jena wurde ein Hörsaal besetzt, um für den Erhalt der Geschlechtergeschichte zu kämpfen. Und in Halle waren immerhin 200 Studierende für die Politikwissenschaft im Senatsaal. Bundesweit geht da natürlich noch mehr, gerade in der Krise. Aber der Anfang ist gemacht. Es ist die Aufgabe der LINKEN, bei diesen Protesten mitzuwirken, diese zu unterstützen und ins Parlament zu tragen.

AUFRUF FÜR KLEIDERSPENDEN

IM SÜDPARK IN HALLE NEUSTADT GIBT ES SEIT LANGEM PROBLEME MIT DER WOHNGESELLSCHAFT BELVONA. SEIT DER ÜBERNAHME DER HÄUSER DORT WIRD DEN BEWOHNERN NICHT GEHOLFEN. SCHIMMEL, VERSTOPFTE ROHRE, FEHLENDES WARMWASSER, KEINE HEIZUNG: DER VERMIETER KOMMT SEINEN PFLICHTEN NICHT NACH. DIE BEWOHNER, VIELE DAVON FAMILIEN MIT KLEINEN KINDERN, WERDEN REIHENWEISE KRANK.

BENÖTIGT WIRD ALLES, WAS WARM HÄLT:

- WINTERJACKEN
 - FLEECEJACKEN
 - DECKEN
 - THERMOUNTERWÄSCHE
 - JOGGINGANZÜGE, -HOSEN, ETC.
- SEHR GERNE AUCH IN KINDERGRÖSSEN**

**FOLGENDE ABGABESTELLEN
NEHMEN BIS 19 UHR
KLEIDERSPENDEN ENTGEGEN:**

**LINKER LADEN, LEITERGASSE 4, 06108
HALLE (SAALE)
REILSTRASSE 78, 06114 HALLE (SAALE)
VEREINSHAUS LUDWIGSTRASSE,
LUDWIGSTRASSE 37, 06110 HALLE (SAALE)
MEHRENERATIONENHAUS PUSTEBLUME, ZUR
SAALEAUE 51A, HALLE NEUSTADT, BIS 17:30**

Aus der Stadtratssitzung am 23.11.2022

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 stand auf der Tagesordnung. Es gibt aber zwischen den Fraktionen noch Abstimmungsbedarfe über Anträge und Änderungen, sodass erst in der Dezembersitzung über den Haushalt beschlossen werden soll.

Damit sind auch die Beschlussvorlagen zur Erhöhung der Hundesteuer und der Veränderung der Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzung) vertagt wurden.

Auch das Energie- und klimapolitische Leitbild der Stadt Halle (Saale) wurde noch einmal vertagt. Hier gibt es auch seitens der Fraktionen noch Änderungsbedarfe.

Zugestimmt wurde im Stadtrat verschiedenen außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt in verschiedenen Bereichen der Verwaltung. Konkret verbirgt sich dahinter, dass geplante Leistungen, die im Haushalt verabschiedet wurden, durch Umstände höher werden, aber bezahlt werden müssen. So wurde im Stadtrat z.B. beschlossen, dass der Mehrbedarf an Zuschüssen zum Betrieb von Kindertageseinrichtungen in Freier Trägerschaft, der sich u.a. aus pandemiebedingten Mehraufwendungen /-auszahlungen sowie Mehraufwendungen/-auszahlungen, die den Folgen der Ukraine Krise zuzurechnen sind, in Höhe von 4.656.327 EURO zu begleichen ist. Es gab eine Rückstellung für Zuschüsse an Freie Träger, sodass „nur“ noch ein Mehrbedarf von 1.394.982 bestand. Dieses Geld musste jetzt aus anderen Konten „gefunden“ werden. Die Deckung erfolgte jetzt z.B. aus dem Bereich Förderung der Familie, weil das Projekt „Krabbelgruppen“ nicht umgesetzt wurde und aus dem Projekt Schülerbeförderung. Durch die Einführung des 9-Euro-Tickets für die Monate Juni bis August 2022 konnten hier Einsparungen von 500.000 EUR wirksam werden.

Soviel zum Beispiel.

Beschlossen wurde im Stadtrat die Änderung des Baubeschlusses zur Freiflächengestaltung Universitätsring. „Der grüne Altstadtring soll als attraktives, durchgehendes Band zwischen Alt- und Innenstadt Repräsentations-, Aufenthalts- und Vernetzungsfunktion erfüllen. Gleichzeitig kommt ihm als eine der wenigen, innerstadtnahen, öffentlichen Grünflächen im Kontrast zur „steinernen, stark verdichteten, historischen Altstadt ein großes Gewicht als grüner Ausgleichsraum und Klimaoase zu, damit die Altstadt weiterhin attraktiv und lebenswert bleibt“- so heißt es in der Vorlage. Im Rahmen der Umgestaltung wird die vorhandene Lindenreihe in ein durchgängiges, breites Rasenbankett eingebettet. Kleinteilige Wegestrukturen entstehen und ein neuer Weg durch die Grünanlage soll entstehen. Der Beschluss an sich wurde schon vor geraumer Zeit im Stadtrat gefasst, jetzt aber mussten wir den neuen Kostenrahmen dazu erhöhen. In der Zwischenzeit haben sich die allgemeinen Baukosten und Kosten für Energie etc. erhöht.

Beschlossen wurde der Bebauungsplan Nr. 35.5 Heide Süd, 2. Änderung und der Bebauungsplan Nr. 179 Kröllwitz, Wohnbebauung Sandbirkenweg-öffentliche Auslegung.

Mit sehr großer Mehrheit wurde ein Antrag der CDU-Fraktion beschlossen, der beinhaltet, den verstorbenen Michael Gorbatschow zu ehren. Wie die konkrete Ehrung aussehen wird, ist noch nicht entschieden. Unsere Fraktion stellte im Stadtrat den Antrag, dass die Stadtbibliothek ihren Nutzer:Innen als weiteres Angebot ein Streamingportal für Filme zur Verfügung stellen kann. Es gibt aus anderen Städten gute Erfahrungen mit dem Portal „Filmfreund“.

Der Prüfantrag wurde in den Kulturausschuss verwiesen zur weiteren Beratung.

Ute Haupt

Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Ute Haupt/Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare
Spendeerbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
08.12.2022
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 12.01.2023

Unser Baum für Frigga

Am letzten Freitag im November war in der AG Wirtschaft/Umwelt das Thema Klimaschutz auf der Tagesordnung. Der Leiter des halleschen Dienstleistungszentrums berichtete tiefgründig über die vielfältigen Aufgaben, die die fünf Mitarbeitenden zu leisten haben. Hier ein paar Punkte davon: Erarbeitung von Katastern zum Grünflächen- und Solarpotenzial sowie eines Hitzeaktionsplanes. Die Straßenbeleuchtung und die Ampeln mit LEDs, die CO₂-Bilanz und die Bauwerksbegrünung im Blick haben, gehören dazu wie Standorte für Trinkbrunnen prüfen oder die Saale als Stromlieferant sehen.

Als AG haben wir in diesem Jahr einen Baum im Gedenken an Frigga pflanzen lassen und diesen auch im Sommer ausreichend mit Wasser versorgt.

Am 16. Dezember treffen wir uns in der Gaststätte „Zum Kleeblatt“. Mittels Glühwein - bei Frigga gabes beim Dezembertreffen immer Feuerzangenbowle - leisten wir einen kleinen Beitrag zur Wirtschaftsförderung und nebenbei entsteht unser Themenplan für 2023. Mit Blick auf die Kommunalwahl 2024 werden wir Ideen für unser inhaltliches Einbringen entwickeln. Fühlt Euch alle von uns herzlich zu unseren Zusammenkünften eingeladen.



Luxemburg-Liebknecht-Gedenken

Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl-Liebknecht durch die reaktionäre Soldateska heimtückisch ermordet. Aus diesem Anlass gedenken jährlich im Januar Tausende Berliner und Gäste diesem tragischen Ereignis. So werden am Sonntag, dem 15. Januar 2023 wiederum zahlreiche Besucher und Demonstranten auf den Friedhof Berlin-Friedrichsfelde zu deren Gräbern strömen.

Hier in Halle bietet sich ebenfalls eine Gelegenheit, diesen beiden Kämpfern für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu gedenken. Es existiert ein schönes Bild, gefertigt von dem bekannten Maler Uwe Pfeifer an einem Gebäude der ehemaligen Pädagogischen Hochschule im Stadtteil Kröllwitz. Dieses Kunstwerk liegt im Verborgenen und ist nur schwer zu finden.

Aus diesem Grund treffen wir uns zu einem winterlichen Spaziergang am Sonntag, dem 15. Januar 2023 um 14:00 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle Luise-Otto-Peters-Straße der Linie 7.

Herzlich Willkommen.

Hajo Gunkel, Sprecher des Gesprächskreises Gedenktage und Gedenkstätten

KRIEG

Krieg - an was erinnert mich das ? Als 90-jähriger erinnert es mich an das Leben im Keller. Alles, was dafür als tauglich gehalten wurde, hieß nun „Luftschutzraum“ und die Buchstaben LSR blieben noch lange nach dem Krieg an den Häuserwänden.

Bunker wurden gebaut und große Weinkeller zu Schutzräumen umfunktioniert und bei Fliegeralarm rannten die Menschen mit kleiner Habe dahin.

Unser Spielzeug waren Bomben- und Granatsplitter, die wir - wie sonst - wie Murmeln tauschten.

Kein Bomberpilot der USA hat sich wohl Gedanken gemacht, wen und was er in Hamburg, Dresden, Halberstadt zerstörte. Der feuerrote Himmel über Dessau wird mir aus der Sicht von Bernburg ewig in Erinnerung bleiben.

Vielleicht denkst Du Leser/in jetzt, es ging ja um den Sieg über den Faschismus. Ja, aber in Vietnam haben die USA Bomber-Piloten Menschen und Natur mit Napalm verbrannt und das Land vergiftet. Es war KRIEG. So auch im Irak, wo die USA nur die Ölquellschützten.

Der verbrecherische Krieg Russlands gegen die Ukraine lässt sich durch nichts rechtfertigen. Es tut furchtbar weh, wenn man an Freunde denkt, mit denen man oft die schönen russischen Lieder gesungen hat. Wer von den Kindern und Enkel muss in den Krieg? Wann wird

das aufhören?

Der ukrainische Präsident wird nicht müde, Russland anzuklagen. Aber in seinem Land errichten am Meeresstrand Oligarchen riesige Luxusvillen unter Missachtung der Natur. Und die Korruption im Land sorgt dafür, dass sie nicht gehindert werden und sich etwa am Aufbau der im Krieg zerstörten Wohnungen beteiligen. Es ist ein schrecklicher Film, den ukrainische Patrioten im Angesicht des Krieges zeigen. ARD zeigt ihn nicht.

Als die USA ohne Kriegserklärung Belgrad bombardierten und die chinesische Botschaft „versehentlich“ trafen, kam das Wort „Kollateralschaden“ in die Umgangssprache. Die „Grünen“ verloren damals mit J. Fischer ihre Unschuld. Jetzt gibt es in ihren Kreisen nichts mehr, was sie an dem Waffengang hindern könnte.

Mut machen Menschen der Kirche und Politik, die sich der Kriegspropaganda entgegen stellen. Es wird keinen Sieger geben!

„Frieden schaffen ohne Waffen!“ muss die Losung werden, die Menschen erneut vereint. Wir haben international genug Persönlichkeiten, die dafür Vorbild sind.

Prof. Dr. Ernst Luther

Zurück in die Kasernen ?

Nach der Anerkennung der beiden für unabhängig erklärten Gebiete im Februar in der Duma, befürchtete einen russischen Einmarsch. Der Bürgerkrieg im Donbass tobte seit 2014 und hatte mehr als 15000 Menschenleben gekostet., aber mit dem Angriff auf die gesamte Ukraine habe ich nie und nimmer gerechnet. Der 24. Februar war für mich ein Schock. Einen brutalen, opferreichen Landkrieg mit Panzern, Artillerie, Luft und Raketenschlägen, mit hunderttausenden Soldaten, so nah vor unserer Haustür habe ich nicht mehr für möglich gehalten.

Ich war über 21 Jahre Offizier. Bereit zum Schutz und zur Verteidigung meines Vaterlandes. Dafür hatte ich einen Eid geleistet. Für die NVA und mich waren Kampf- und Gefechtsbereitschaft keine leeren Worte.

Nie wieder Krieg! Das hat mir mein Vater, der 1944

in russische Gefangenschaft geriet, ins Stammbuch geschrieben.

Krieg ist laut Clausewitz die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Heute ist jeder Krieg ein Scheitern von Politik. Krieg ist ein Verbrechen. Erst recht ein Angriffskrieg!

Die russische Aggression muß gestoppt, die Schuldigen müssen sanktioniert werden und gehören vor ein internationales Tribunal.

Nach dem Schock kam das Staunen.

Es hat nur Tage gedauert, da erklärte unser Bundeskanzler eine Zeitenwende. Innerhalb kürzester Zeit fielen Tabus: Waffenlieferung in ein Kriegsgebiet, deutliches Bekenntnis zur nuklearen Teilhabe in der NATO, plötzlich sollten die in Deutschland gelagerten Atomwaffen nicht mehr abgezogen werden, jetzt war der Handel mit und die Beziehungen zu Rußland

grundfalsch.

Auch die von Trump vehement geforderten 2% für Rüstung sind ab sofort richtig. Unser Wumms und Bazooka-Kanzler hat zusätzlich 100 Mrd. für die Armee befohlen.

Sogar über Dienst und Wehrpflicht wird wieder diskutiert.

Kritische Fragen sind nicht erwünscht.

Wieso waren bisher für Kultur, Schulen und Sportvereine kaum oder wenig Gelder da, auf einmal zaubert man 100 Mrd. aus dem Hut?

Wo sind eigentlich die Milliarden für die Bundeswehr in den letzten 30 Jahren geblieben?

Haben mehr Waffen und Munition eine militärische Entscheidung in Afghanistan, in Syrien oder im Jemen herbeigeführt?

Wieso war der Versuch mit Rußland friedlichen Handel zu betreiben falsch und soll nie wieder aufgenommen werden?

Wie soll eigentlich die Weltordnung nach diesem verfluchten Krieg aussehen?

Sollen noch mehr Waffen Frieden schaffen?

Kommt die Wehrpflicht im neuen Gewand zurück?

Neben Menschenleben wird in jedem Krieg Volks- und auch Privatvermögen vernichtet.

Ein T-72 Panzer kostete zu DDR-Zeiten ca. 1 Million Valutamark,

für einen Leopard 2 muß man heute ca. 15 Mill. Euro bezahlen.

Eine amerikanische Haubitze 155 mm kostet 517000 Dollar,

eine Panzergranate zwischen 4000 bis 6000 Euro, und für eine Handgranate müssen 49 Dollar bezahlt werden.

Es ist ja eine Binsenweisheit, daß ein Euro nur einmal ausgegeben werden kann.

Im städtischen Haushalt soll der Kulturretat um 86000 Euro gekürzt werden. Das sind gerade einmal 16 Panzergranaten!! Für Munition und Panzer ist also Geld da, für Kultur und Bildung nicht???

Wieviel wird es noch kosten bis die Ukraine siegreich ist?

Mir wird übel, wenn ich höre, daß der Blutzoll hoch sein muß, um eine Wende im Kriegsverlauf herbeizuführen. Wer Waffen liefert und so etwas sagt, sollte auch bereit sein, eigene Söhne in den Kampf zu schicken. Sonst ist das Gerede von der Freiheit und

Demokratie, um die es in diesem Krieg angeblich geht, nur elende Heuchelei und Verdummung.

Ich glaube nicht an einen militärischen Sieg über Rußland. Es behält die Eskalationsmacht und wird nicht kapitulieren, selbst wenn der Verlauf jedes Krieges unberechenbar ist. Ich glaube auch nicht daran, daß sich mit Druck und dieser Art von Sanktionen ein neues und „besseres Rußland“ erzwingen läßt. Für mich als Linken kämpfen die Ukrainer nicht unseren Kampf, sie verteidigen nicht meine Freiheit. Ich verwehre mich gegen diese Behauptung, auch gegen den plötzlichen Haß auf alles russische..

Zwei korrupte kapitalistische Staaten führen Krieg um Einflusssphären, um Kohle, Stahl, Energie, Weizen und Häfen.

Verblendet vom Groß- und Kleinrussischen Nationalismus, angestachelt von den USA, England und Polen, manipuliert von einer Clique um Putin, gehen Arbeiter und Bauernsöhne zu Tausenden auf beiden Seiten zugrunde oder bleiben lebenslang Krüppel.

Wir Linke betrachten diesen Krieg vom Klassenstandpunkt aus. Arbeiter und Bauern, die einfachen Menschen haben keinerlei Nutzen davon, wenn fremde Völker aufeinander gehetzt, unterdrückt und beraubt werden. Ob unter russischen oder ukrainischen Oligarchen für Hungerlöhne geschuftet wird, verändert Ausbeutung nicht. Wir wissen, dass die internationale Politik immer mehr in eine Sackgasse führt. Kein einziger ernsthafter Konflikt konnte bisher weltweit gelöst werden. Wenn wir weiter nach der Pfeife amerikanischer Falken tanzen, droht ein Kampf bis zum bitteren Ende. Es ist notwendig und wichtig das deutlich auszusprechen. Immer neue Feinde braucht vor allem der militärisch-industrielle Komplex, um Aufrüstung zu rechtfertigen. Das müssen wir entlarven. Wir brauchen eine wirkliche Zeitenwende, zurück zu Abrüstung, friedlicher Koexistenz, Nicht-einmischung in innere Angelegenheiten.

Auch dieser Krieg wird enden.

Wer, wenn nicht wir Linke, bauen auf Solidarität und Menschlichkeit. Wir entlarven die Profiteure und Nutznießer der Weltpolitik. Gegen Militarismus und Krieg werden wir immer auftreten.

Wir wollen keine neuen Kasernen, sondern neue Schulen und wenn schon ein neues „Heer“, dann ein Heer tausender engagierter Lehrer für unsere Kinder und Enkel..

H. Büchner

Das Gesundheitssystem ist schon überlastet

Am 6. Dezember wurde das Ende der Corona-Schutzmaßnahmen in Sachsen-Anhalt beschlossen. Während die Maßnahmen durchaus regelmäßig angepasst und überprüft werden müssen, handelt es sich hier doch um planlose Symbolpolitik, die auch noch zum falschen Zeitpunkt kommt und nicht abgesprochen ist. Deutlich wird das bei der triumphalen Verkündigung durch einen FDP-Abgeordneten: Er erzählt was von Freiheit und davon, dass das Gesundheitssystem ja nicht überlastet sei. Das ist eine Verkennerung der Realität, denn das Gesundheitssystem ist bereits jetzt überlastet, teilweise durch Corona, teilweise durch RS-Viren. Deshalb haben die Krankenhäuser Halles ja von sich aus eine Maskenpflicht wieder eingeführt. Pfleger:innen und Ärzt:innen wissen halt (leider) deutlich mehr von der Realität in diesem System als FDP-Politiker:innen. Diese verzichten dann auch auf das Aufzeigen von Alternativen: Neue Investitionen, mehr Personal oder ein Profitverbot im Gesundheitswesen lehnt man genauso ab wie Schutzmaßnah-



men. Wir fordern dagegen ein solidarisches Gesundheitssystem, was jetzt ganz dringend eine Stärkung braucht!

Rezension

Volker Klüpfel und Michael Kobr Affenhitze. Kluftingers neuer Fall. Gelesen von den Autoren und Martin Umbach Hörbuch Hamburg HHV GmbH, Hamburg 2022 13 CDs, 996 Minuten

Kluftinger Fans und alle die es werden wollen aufgepasst! Ein neuer Fall ist da - über den mensch natürlich auch das Buch lesen könnte, jedoch ist Anhören das Doppelte Vergnügen. Der nicht unbedingt digitalisierungsaffine Kommissar aus dem Allgäu ermittelt bei brütender Hitze zunächst in einer Tongrube, in der der Grabungsleiter tot aufgefunden wurde. Sehr bald stößt er auf eine obskure Sekte, die ihn zu einem Anti-Stress- und Antigewalt Seminar einlädt. ...

Wie immer bei Kluftinger-Krimis entsteht das Lese- bzw. Hörvergnügen jedoch nicht nur aus den Dialogen mit seinen Mitarbeitern, sondern auch aus der familiären Konstellation im Hause Kluftinger. Diesmal bereitet seine Frau einen Flohmarkt mit vor, auf dem sie von Kluftinger heißgeliebte, jedoch seit Jahren nicht mehr angesehene Erinnerungsstücke anbieten will; sein Sohn

und dessen Frau haben eine Tagesmutter für die Enkelin engagiert, die dem Kommissar suspekt ist und Doktor Langhammer weist ihn in den Drohnenflug ein...

Außerdem ist er amtierender Polizeipräsident - ein Amt, das für ihn jede Menge ungeahnter und ungeliebter Aufgaben mit sich bringt. Im Laufe der Handlung beschaffter sich dafür einen Assistenten, lernt facebook zu nutzen und bekommt eine eigene Fan-Gemeinde. Wie nebenher werden in der Erzählung Themen wie Dresscode für Beamte, das Verhältnis Eltern - Kinder und weitere soziale Fragen angesprochen. Und es geht um solche menscheitsgeschichtlichen Fragen wie: „Wo wurde der aufrechte Gang erstmals praktiziert - in Afrika oder im Allgäu?“ Darin eingebettet wiederum sind so epochale Fragen wie die nach dem Verhältnis von Laien und Wissenschaftlern bei Grabungen und Zuschreibung von Ergebnissen bei Zufallsfunden durch Laien, aber auch nach der Diskursetikette von WissenschaftlerInnen untereinander.

Kurz: das Anhören ist Vergnügen pur - Vorsicht jedoch beim Anhören während des Autofahres - spontane Lachanfalle sind vorprogrammiert!



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat Dezember Geburtstag haben.



+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagsitzung vom 17./18.11.2022

Zur 15. Sitzungsperiode des Landtages standen 29 Themen auf der Tagesordnung, über die am 17. und 18. November debattiert und abgestimmt wurde.

#Regierungserklärung

„Gemeinsam durch die Krise - Land, Bund und Europa unterstützen Wirtschaft, Kommunen und Menschen in Sachsen-Anhalt“

Unter diesem Titel gab der Ministerpräsident des Landes, Dr. Reiner Haseloff eine Regierungserklärung ab, um aufzuzeigen, wie aus seiner Sicht das Land die Folgen der Corona-Pandemie, des Krieges in der Ukraine und auf dem Energiemarkt für die Menschen im Land bewältigen will.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Eva von Angern, betonte in ihrer Rede, dass es zwar gut sei, eine solche Erklärung abzugeben, allerdings ließe es tiefblicken, dass vor den Interessen der Menschen die der Wirtschaft stünden. DIE LINKE habe ausdrücklich eine andere Prioritätensetzung.

„Die von der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten erdachten Maßnahmen greifen viel zu kurz. Sie kommen zu spät und schonen den reichsten Teil der Bevölkerung und Unternehmen mit krisenbedingten Übergewinnen. Bei der Übernahme der Dezember-Gasabschläge werden ganze Gruppen nicht ausreichend berücksichtigt: Haushalte, die mit Heizöl, Strom oder Pellets heizen, bleiben außen vor. Soziale Unsicherheit wollen wir verhindern, denn sie führt zu einer sozialen Spaltung unseres Landes. Der Gaspreiskegel muss schnellstmöglich greifen, nicht erst im Frühjahr. Die Kopplung des Strompreises an den Preisbörsen an den teuersten Energieträger muss umgehend reformiert und eine staatliche Preiskontrolle eingeführt werden“, so die Fraktionsvorsitzende weiter. Gleichzeitig verwies sie noch einmal auf die Vorschläge, die DIE LINKE seit Monaten im Land und im

Bund unterbreitet, um Menschen mit geringen und mittleren Einkommen zielgenau zu entlasten. Außerdem forderte sie einen Schutzschirm für soziale Einrichtungen bis hin zu Sportvereinen, ein Verbot von Energiesperren, Wohnraumkündigungen und Zwangsräumungen, bezahlbaren ÖPNV statt einem 49-Euro-Ticket, den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

„Es bedarf einer Übergewinnsteuer und Vermögensabgabe. Wenn selbst die Wirtschaftsweisen einen Energie-Soli fordern, verstehe ich nicht, warum diese Idee immer noch wie Teufelswerk behandelt wird! Die Krisengewinner müssen zur Kasse gebeten werden. Parallel dazu wird die Einführung der Kindergrundsicherung auf 2025 verschoben. Das ist eine Sauerei und deshalb nehme ich Ihnen auch den Satz nicht mehr ab, dass wir keinen Schulden machen dürfen, damit wir unsere Kinder nicht belasten dürfen. Es geht Ihnen nicht um alle Kinder, sondern nur um die Reichen und Superreichen! In Bund und Ländern muss die Schuldenbremse auch 2023 ausgesetzt werden, um staatliche Handlungsfähigkeit zu sichern. Ich erwarte von einem Ministerpräsidenten Haltung und Einsatz für die Menschen unseres Landes, für jeden Menschen!“

#Haushalt 2023

Landesregierung bringt den Landeshaushalt für 2023 in erster Beratung in den Landtag

Die Landesregierung hat einen Finanzplan für den Landeshaushalt 2023 aufgestellt und diesen im Plenum vorgestellt. Die Einnahmen und Ausgaben werden auf 13.539.263.600 Euro beziffert. Im Zuge des neuen Landeshaushalts müssen andere gesetzliche Regelungen angepasst werden. Dazu wurde das Haushaltsbegleitgesetz 2023 eingebracht, mit dem zum Beispiel Änderungen am Finanzausgleichsgesetz vorgenommen werden.

In der Debatte um den Landeshaushalt 2023 unterstrich Eva von Angern, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE: „In 44 Tagen beginnt schon das Kalenderjahr, für das der heute vorgelegte Haushaltsentwurf der Landesregierung gültig sein soll. Wir alle geben uns nicht der Illusion hin, das Parlament könnte bis dahin den Haushaltsentwurf durchpeitschen. Es wird März, vielleicht aber auch April 2023 werden. Fest steht schon jetzt: Mindestens ein komplettes Viertel des Jahres, wird bei Beschlussfassung vorbei sein und es gab wieder keine gültigen Planungsgrundlagen für Ämter, Kreise und Kommunen und die vielen Fördermittelempfänger*innen, die schon die Hälfte des aktuellen Jahres im Unklaren gelassen wurden. Das ist ein großes Problem!“

Von Haushaltskontinuität und -stabilität bleibe Sachsen-Anhalt meilenweit entfernt. Das sei gerade in diesen instabilen Zeiten ein fatales Signal. Das Gesamtvolumen wurde um ca. 35,7 Millionen Euro auf nunmehr 13,5 Milliarden Euro aufgestockt. Trotzdem musste eine Deckungslücke der Anmeldungen in Höhe von 1,6 Milliarden gestopft werden. „Da wurde großzügig der Rotstift angesetzt und es ging eher nach Farbe des Hauses als nach tatsächlichen Bedarfen für die Erhaltung der Infrastruktur unseres Landes. Aus unserer Sicht bleibt der Haushalt weit hinter dem für die Menschen in unserem Land Notwendigem zurück. Trotz größter Herausforderungen zur Bewältigung der Krisenlast im Land bleibt der Planentwurf ambitionsfrei“, kritisierte die Fraktionsvorsitzende.

„In der aktuellen Krise verweisen Sie wieder nur auf den Bund und warten. Gerade zur Minderung der hohen Energiebelastungen, drastisch gestiegener Preise und der Inflationsfolgen hätte die Stärkung der Krisenresilienz für die Menschen, für Unternehmen und selbst Kommunen an erster Stelle stehen müssen. Eins muss man dem Finanzminister lassen: Selbst jetzt noch 22 Millionen Euro in der Schuldentilgung verschwinden lassen zu wollen, obwohl der Sanierungsstau ein gigantisches Mammutprojekt bleibt, dazu gehört schon eine gehörige Menge Schneid oder Blindheit. Verantwortungsvolles Regierungshandeln sieht anders aus!“

Dazu hatte die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag vom September 2022 verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, um Bürgerinnen und Bürger vor der steigenden Inflation und im Fall einer drohenden Energiekrise zu unterstützen. Unter anderem sollte die

Landesregierung aufgefordert werden, im Landeshaushalt 2023 einen Energie-Härtefallfonds zur Entlastung für einkommensschwache Personen und Haushalte einzurichten. Dieser Antrag wurde in abschließender Beratung im Landtag abgelehnt.

#aktuell debattiert

Verlässliche Entlastungen für die Menschen im Land - staatliche Preiskontrolle auf Energiemärkten

Mit diesen beiden zentralen Forderungen hat die Linksfraktion eine aktuelle Debatte beantragt. Dazu führte die energiepolitische Sprecherin Kerstin Eisenreich aus: „Aktuell belastet eine Inflationsrate von mehr als 10 Prozent die Menschen im Land. Die Preissteigerungen vor allem bei Strom, Gas, Wärmeenergie, Sprit und Lebensmitteln spitzten sich mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine weiter zu. Darunter leiden insbesondere Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen. Die Armut der Menschen wächst und die Bundesregierung reagiert immer erst, wenn die Not so groß ist, dass sie reagieren muss. Doch statt die Ursachen der Inflation ernsthaft zu bekämpfen, kommt sie mit kleinen Pflastern daher. Einmalzahlungen und die als Bürgergeld getarnte Aufbesserung staatlicher Sozialleistungen werden die wachsende Armut nicht aufhalten. Dazu werden Spartipps erteilt, die für jene, die sich nur noch das Allernötigste leisten können, zynisch sind. Gleichzeitig torpediert die CDU/CSU das aus unserer Sicht unzureichende Bürgergeld. Da werden die Menschen als faul und arbeitsunwillig diffamiert und behauptet, dass es sich ja damit gar nicht mehr lohne zu arbeiten. Diese Behauptungen sind schlichtweg falsch.“

Schließlich hätten gerade CDU/CSU und SPD seit Jahrzehnten für einen der größten Niedriglohnsektoren weltweit gesorgt. Das Ausspielen der Ärmsten gegen die Armen sei perfide.

Sie kritisierte, dass noch immer nicht klar sei, wie und wann der Gaspreis- und Strompreisdeckel endlich wirksam werde. Sie forderte daher einen Grundbedarf an Strom und Gas zu bezahlbaren Preisen. Die Konsequenz daraus sei, „die Preise durch den Staat zu kontrollieren. Auch Verbraucherzentralen bestätigen, dass nicht alle Preissteigerungen mit höheren Produktionskosten zu begründen sind. Denn es ist ja nicht so, dass die Preise einfach steigen, nein sie werden erhöht. Da wird nämlich munter spekuliert.

Die Profite der Energie-Unternehmen explodieren, verursacht durch eine fehlende Marktregulierung. Hier versagt der Markt und deshalb müssen die Preise kontrolliert werden, damit Energie bezahlbar bleibt.“ Gleichzeitig sei es notwendig, dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmer*innen mehr Geld in die Tasche bekommen. „Deshalb unterstützen wir die aktuellen Forderungen der IG Metall und von Verdi von 8 bzw. 10 Prozent mehr Einkommen für die Beschäftigten. Die Energiepolitik der letzten Jahrzehnte hat zur heutigen Situation geführt. Ein Zurück darf es nicht geben und es darf nicht darum gehen, die fossilen Energieträger weiter zu subventionieren. Dagegen müssen wir massive Investitionen in die erneuerbaren Energien und in alternative Energieprojekte setzen“, beendete Eisenreich ihren Debattenbeitrag.

Bürgergeld

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte eine Aktuelle Debatte beantragt, in der sie darauf drängen wollte, das Bürgergeld umgehend einzuführen und die Blockadehaltung der CDU zu beenden. Nur so könne die Teilhabe aller so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Die sozialpolitische Sprecherin Monika Hohmann betonte in der Debatte um die Zukunft von Hartz IV und Bürgergeld: „Wie schon im letzten Plenum erwähnt, stellt der Gesetzesentwurf zum Bürgergeld keine Überwindung von Hartz IV dar. So sind die Ansätze des Entwurfes zu befürworten, aber leider reichen diese nicht zur Etablierung einer armutsfesten Grundsicherung aus. Die Logik und die typischen Charakteristiken des bestehenden Hartz-IV-Systems werden weiter bedient. Hierzu zählen beispielsweise niedriggerechnete Regelleistungen sowie Sanktionen. Dementsprechend haben wir schon im letzten Plenum erläutert, dass es weitere notwendige Schritte bedarf, um allen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen und um Teilhabe am Erwerbsleben zu fördern. Das Bürgergeld ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. CDU und CSU wollen selbst die minimalen Verbesserungen durch das Bürgergeld nicht mittragen. Es zeigt die grundlegende Verachtung all jener, die im Leistungsbezugssystem sind. Der Umgang mit dem Bürgergeldentwurf sowie die Äußerungen über Menschen im Leistungsbezug waren in den letzten Wochen mehr als herabwürdigend.“ Monika Hohmann hob noch einmal hervor, wofür sich DIE LINKE seit

Jahren einsetzt: Mindestlohn, die Sozialversicherungspflicht in jedem Arbeitsverhältnis sowie die Tarifbindung, die Umwandlung von Leiharbeit in reguläre Jobs und Unterstützung der Gewerkschaften sowie der Arbeitskämpfe! Seit Mitte der 1990er Jahre sei die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor um 3 Millionen auf 7,7 Millionen Menschen in Deutschland gestiegen. In diesem Bereich besonders häufig tätig und dementsprechend armutsgefährdet bzw. prekären Verhältnissen lebend sind Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Ostdeutsche, geringfügig Beschäftigte und Geringqualifizierte. Durch die Abschaffung des Niedriglohnsektors sowie die Einführung der Arbeitszeitverkürzung würde bspw. den Aufstocker*innen geholfen werden, sodass diese nicht weiter auf Leistungen nach dem 2. Sozialgesetzbuch angewiesen seien und sich das Arbeiten endlich wieder lohne. „Das von den Regierungsfractionen im Bundestag beschlossene Bürgergeld ist keine Überwindung von Hartz IV. Es sind aus Sicht der Fraktion DIE LINKE weitergehende Schritte nötig, um eine armutsfeste Grundsicherung in Deutschland zu etablieren. Deshalb werden unsere Vertreter*innen im Vermittlungsausschuss sich für den Entwurf des Bürgergeldgesetzes einsetzen.“

#Vergabegesetz

Vergabegesetz der Koalition - Schutz für Arbeitnehmer*innen so löchrig wie Schweizer Käse

In zweiter und abschließender Beratung debattierte der Landtag über ein neues Vergabegesetz. Für die Fraktion DIE LINKE sagte der wirtschaftspolitische Sprecher Wulf Gallert: „Das von der Koalition vorgelegte Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen wird von der Fraktion DIE LINKE abgelehnt. Das zentrale Problem dieses Gesetzes bleibt die Nicht-Erfüllung der eigenen Ansprüche. Ein Vergabemindestlohn, der über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt und damit Unternehmen motiviert, Tarifverträge abzuschließen, um öffentliche Aufträge bekommen zu können, ist richtig und notwendig. Allerdings erfüllt dieses Gesetz diese Zielstellung nicht. Die Anhebung der Auftragsschwellenwerte für die Gültigkeit dieses Gesetzes, insbesondere bei Dienstleistungen außerhalb von Bauaufträgen auf 40.000 Euro, öffnet der Umgehung dieses Gesetzes Tür und

Tor. Währenddessen schon bei den alten Schwellenwerten von 20.000 Euro das Gesetz durch die Aufspaltung von ausgeschriebenen Leistungen zum Teil umgangen wurde, lädt die massive Erhöhung insbesondere dieses Schwellenwertes förmlich dazu ein.“ Insbesondere bei Dienstleistungen wie Gebäudereinigung oder Wachschutz drohe insbesondere im kleinteiligen, kommunalen Bereich dieses Gesetz deshalb zu einem Papiertiger zu werden. Er kritisierte zugleich die mangelnde Festschreibung von häufigeren Kontrollen und umfangreicheren Strafen bei Nichteinhaltung des Gesetzes.

Die aufgenommenen Sozialkriterien seien nur noch in Form einer Kann-Regelung enthalten. Jede ausschreibende Stelle könne also auf diese Kriterien vollständig verzichten. Selbst die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen wie das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit werde bei der Beschaffung von Produkten nicht mehr verbindlich angewendet. In der Realität bedeute dies, faktisch die Streichung der Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen bei der Beschaffung durch die öffentliche Hand. Alle Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, die diese Probleme behoben hätten, wurden durch die Koalition abgelehnt.

Einzig wesentliche Verbesserung gegenüber dem ursprünglichen Koalitionsgesetz sei die Streichung der Befugnisse des Wirtschaftsministers, dieses Gesetz selbstständig außer Kraft setzen zu können.“ Dies sei allerdings nicht im Ergebnis der politischen Einsicht der Koalition, sondern aus juristischer Einschätzung geschehen. „Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die erklärten Gegner eines Vergabegesetzes - CDU und FDP - diesen Gesetzesentwurf als ihren Erfolg feiern. Ein Gesetz, welches gute Ziele formuliert, auf der anderen Seite aber zulässt, dass es vielfach keine Wirkung entfaltet, erfüllt eher die Kriterien des politischen Selbstbetrugs, als dass es die Interessen der Arbeitnehmer*innen schützt.“

#Gesundheit

Rettungsschirm für die Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt - Daseinsvorsorge im Land absichern

Corona-Pandemie und Inflation stellen die Krankenhäuser vor schier unlösbare Probleme. Die Kliniken haben 500.000 bis 1.000.000 Euro Verluste je Monat. Insbesondere der Wegfall von Corona-Aus-

gleichszahlungen erhöht den wirtschaftlichen Verschleiß. Wie unflexibel das System der Fallpauschalen agiert, ist in krisengeplagten Zeiten deutlich nachzuvollziehen. Im Kontrast steht dabei eine Erhöhung um 2,3 Prozent der Fallpauschalen im Verhältnis von bisher überdurchschnittlich gestiegenen Ausgaben durch Preissteigerungen. Laut dem Verband der kommunalen und landeseigenen Krankenhäuser sind bspw. Kosten für Gas und Fernwärme um 44 Prozent gestiegen. Allein für Energiekosten geht die Krankengesellschaft insgesamt von einer Steigerung um 100 Millionen Euro aus. Dass diese Lage Insolvenzen provozieren wird, steht außer Frage. Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE einen Rettungsschirm von 300 Millionen Euro auf Landesebene.

Nicole Anger, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, hat in der Debatte im Landtag von Sachsen-Anhalt um eine bessere Finanzierung der Kliniken deutlich gemacht: „Wir steuern auf eine Katastrophe unseres Gesundheitssystems zu. Die Kliniken benötigen mehr Geld. Die Fallpauschalen sind ein unsolidarisches und scheiterndes Finanzierungssystem. Gerade die kommunalen und landeseigenen Häuser, die eine Grundversorgung anbieten und dafür auch den Auftrag bekommen, verzeichnen die schlechtesten Einnahmen. Mit der Gesundheit der Menschen macht man keine Profite. Die Gesundheit der Menschen ist keine Ware.

Dennoch müssen die Behandlungen im Klinikum aber auch die Ausgaben refinanzieren. Wenn sie das nicht können, folgen Privatisierungen oder Schließungen. Insbesondere im ländlichen Raum reden wir deshalb schon lange nicht mehr von einer wohnortnahen Versorgung. Der Begriff der Daseinsvorsorge wird ad absurdum geführt. Auf dieses bereits unterfinanzierte System traf die Corona-Pandemie. Bei einem ohnehin schon gravierenden Fachkräftemangel werden Ressourcen übermäßig strapaziert und verschlissen. Ursächlich für die roten Zahlen in den Kliniken sind das unsolidarische System der Fallpauschalen, die im Sommer eingestellten Corona-Ausgleichszahlungen sowie die extrem ansteigenden Betriebskosten.“

„Die realen Kostensteigerungen liegen aber bei 10 bis 15 Prozent. Deshalb brauchen die Krankenhäuser dringend einen Rettungsschirm. Weil die Mittel des Bundes nicht ausreichen, braucht es jetzt mehr Geld an den Stellen, wo gravierende Lücken klaffen. Der Rettungsschirm muss mit der Auflage verbunden wer-

den, dass es 2023 zu keiner Leistungseinschränkung kommen darf. Die Kliniken benötigen noch in diesem Jahr den Rettungsschirm, damit keine im kommenden Jahr die Pforten schließen muss.“

Der Antrag wurde in den Sozial- und den Finanzausschuss überwiesen.

#Kinder&Jugendliche

Spürbarer „Wumms“ für Kinder und Jugendliche

Die Schließungen von Kitas und Schulen während der Corona-Pandemie seien eine große - aus heutiger Sicht unnötige - Belastung für Kinder, Eltern und Lehrkräfte gewesen, meint die Fraktion DIE LINKE. Erstrebenswert sei nun die Erstellung eines umfassenden Katalogs diskriminierungs- und geschlechtersensibel umzusetzender Maßnahmen insbesondere zur Bekämpfung von Kinderarmut. Zudem solle ein Kinderrechtgipfel unter Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Schulen und Jugendverbänden sowie weiteren Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Ziel der Stärkung der Kinderrechte initiiert werden.

Eva von Angern, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, fordert im Landtag von Sachsen-Anhalt einen „Wumms“ für Kinder und Jugendliche: „Uns geht es mit dem „Wumms“ nicht um irgendwelche Wortspielereien, sondern um eine spürbare Aufmerksamkeit für die Situation von Kindern und Jugendlichen in unserem Land. [...] Die Förderbedarfe insbesondere bei bereits benachteiligten Kindern sind erheblich gestiegen. Sie sind motorisch, sozio-emotional, aber auch psychisch erheblich belastet. Angststörungen, Medien- und Spielsucht sind bei Kindern und Jugendlichen gestiegen. Der Stress für Eltern, insbesondere für Alleinerziehende, ist erheblich gestiegen. Belastungen für die Erzieher*innen und Lehrer*innen sind durch ständige Anpassungen kaum wegtragbar.

Es war ein Abwägungsprozess und wir alle wussten damals nicht, wie sich das Infektionsgeschehen entwickelt. Doch jetzt geht es darum, für kommende Krisen vorzusorgen und Benachteiligungen, die Kinder und Jugendliche in den letzten Jahren erleben mussten, aufzuholen. Die gestiegenen Fälle der Kindeswohlgefährdung in Sachsen-Anhalt sind keine statistischen Ausreißer. Die Schließungen von Kitas und Schulen haben dazu geführt, dass ein wichtiges Schutznetzwerk für Kinder und Jugendliche weggefallen ist.

Und wenn ich vom Landesverband der PflegerInnen höre, dass acht Geschwister - darunter Kleinstkinder - wochenlang ohne Wissen der Behörden in einer kleinen Wohnung eingepfercht waren und eben nur gerade so versorgt wurden, dann ist für mich der Punkt erreicht, dass wir alle verstehen müssen, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt.“

Die CDU habe verhindert, dass es Kinderrechte im Grundgesetz gibt - obwohl es im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart war. Die Kindergrundversicherung solle nun 2025 schrittweise eingeführt werden. Ein früherer Start sei notwendig. „Wir brauchen vorsorgende Konzepte, die Kinder und Jugendliche in unserem Land schützen - ohne dabei andere Altersgruppen aus dem Auge zu verlieren oder sie gar gegeneinander auszuspielen. Lassen Sie uns gemeinsam mit Fachexpert*innen sowie mit Kindern und Jugendlichen um die besten Ideen ringen.“

Der Antrag wurde abgelehnt.

#Klimaschutz

Klimaneutralität des Landes Sachsen-Anhalt

Das Pariser Klimaabkommen hat beschlossen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Sieben Jahre sind seitdem vergangen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen spricht sich für ein CO₂-Budget auf nationaler als auch auf Landesebene aus, welches schnell festgesetzt werden muss. Ein vorerst freiwilliges Budget in Sachsen-Anhalt ist nötig. Die Landesenergieagentur besitzt die notwendigen Kompetenzen, um bei Gesetzesentwürfen hinsichtlich der Klimaauswirkungen unterstützend tätig zu werden. Eine Bewertung von Erfolgen im Klimaschutz ist abhängig von einer Datenerfassung in allen Bereichen, die öffentlich zugänglich sein muss. Vielen Landkreisen sind die Probleme des Klimawandels bewusst, aber ihnen fehlen Personal und finanzielle Mittel. Die kommunale Ebene sollte durch die Landesregierung mehr einbezogen werden. Das sind die wesentlichen Aussagen des Antrages, den der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange einbrachte. Er zeichnete ein düsteres Bild der Folgen der klimatischen Entwicklung weltweit und betonte: „Die Klimakatastrophe rüttelt an den Grundfesten unserer Gesellschaft und sie trifft zuerst die Armen, während sich das reiche 1 % der Menschen, das mehr besitzt als 99 % der Menschheit, vollkommen aus seiner Verantwortung herauszieht und vom Elend weiter profitieren

will. Die Bekämpfung des Klimawandels ist daher untrennbar mit der Frage nach sozialer Gerechtigkeit verbunden.

Mit dem Pariser Abkommen ist Deutschland einen Vertrag eingegangen, der festschreibt, die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, mindestens jedoch deutlich unter 2 °C zu halten. Noch einmal: Es ist ein Vertrag mit einer internationalen Verpflichtung, und die Aktivist:innen von „Fridays for Future“ fordern nichts weiter, als diesen Vertrag einzuhalten. Dieser Bewegung kann man gar nicht genug dafür danken, dass das oftmals abstrakte Thema Klimaschutz so prononciert nach vorn gebracht wurde.“

Mit dem Antrag wird soll sich die Landesregierung so lange zu einem freiwilligen CO₂-Budget verpflichten, das die Klimaneutralität bis 2035 für das Land Sachsen-Anhalt gewährleistet, bis eine entsprechende Regelung auf Bundesebene eingeführt worden sei. „Lassen Sie uns jede Maßnahme des Landes an seiner Klimabilanz messen. Lassen Sie uns unsere LENA personell so ausstatten, dass sie die Bewertungsaufgaben übernehmen und weitere Vorschläge erarbeiten kann. Lassen Sie uns offen, transparent und evidenzbasiert die Öffentlichkeit über Maßnahmen, Erfolge, aber auch Misserfolge bei der Bekämpfung der Klimakatastrophe informieren. Und lassen Sie zu, dass den Kommunen die Fesseln genommen werden und dass sie dort, wo die Menschen leben, mit den Menschen zusammen Maßnahmen zum Klimaschutz umsetzen können, sei es die Verkehrswende oder die Schulsanierung“, so Hendrik Lange weiter.

„Von einer Pflichtaufgabe versprechen wir uns, dass die Kommunen auch dann handeln können, wenn sie dafür Kredite brauchen, sodass eine energetische Schulsanierung nicht an der Ignoranz der Haushaltsgenehmigungsbehörden scheitert.“

Der Antrag wurde von einer großen Mehrheit im Landtag abgelehnt

#Wohnen

Housing First - Kommunen unterstützen bei Bekämpfung von Wohnungslosigkeit

„Housing first“ ist ein Konzept, das mittlerweile deutschlandweit in Kommunen erprobt wurde, berichtet die Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag. Es soll präventiv, niederschwellig, nachhaltig und schnell Menschen ein Zuhause geben, die nach Wohnungs-

verlust keine Chance auf dem regulären Wohnungsmarkt hätten, weil sie Notunterkünfte meist scheuten. Im September 2022 wurde erstmals eine bundesweite Wohnungslosenstudie veröffentlicht, in der auch Kommunen Sachsen-Anhalts untersucht wurden, wo verdeckte Wohnungslosigkeit - besonders bei jungen Frauen - auffällig wurde. Zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit brauchen die Kommunen und Wohnungsbaugenossenschaften personelle und finanzielle Unterstützung. Die Landesregierung soll „Housing First“ etablieren, um Wohnraum für alle Menschen im Land zu gewährleisten. Eine Erhebung zur Wohnungslosigkeit soll helfen, den Bedarf einzuschätzen.

Die sozialpolitische Sprecherin Monika Hohmann brachte diesen Antrag ein und sagte: „Nach der Resolution des EU-Parlaments von 2020, mit der die Obdachlosigkeit in der EU bis 2030 bekämpft werden soll, und den Beschlüssen der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister im Dezember 2021 dazu, muss sich auch in Sachsen-Anhalt mehr bewegen.“ Ohne Wohnung fehle insbesondere Frauen und Kindern ein elementarer Schutzraum und auch der schlechte Gesundheitszustand von Wohnungslosen sei ein Problem. Monika Hohmann betonte: „Derartige Modellprojekte zum Housing First sind bereits in sieben Bundesländern gestartet - das Land Sachsen-Anhalt ist diesbezüglich kein Vorreiter, sondern hintenher , in Bremen gibt es dieses Modellprojekt seit vielen Jahren, in Baden-Württemberg steht das Konzept im Koalitionsvertrag, auch Berlin arbeitet sehr erfolgreich nach diesem Konzept und auch Sachsen hat für das Housing-First-Konzept 150.000 Euro in den aktuellen Haushalt eingestellt und in dieser Größenordnung würde das auch uns vorschweben.“

Der Antrag wurde abgelehnt und ein Alternativantrag der Koalitionsfraktionen angenommen.

+ + kurz berichtet + +

Wahl eines Vizepräsidenten der AfD erneut fehlgeschlagen

Die Fraktion der AfD unternahm erneut einen Anlauf, einen ihrer Abgeordneten zu Vizepräsidenten des Landtages wählen zu lassen. Der vorgeschlagene Dr. Tillschneider scheiterte deutlich.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL),
28. November 2022

Strickaktion - Rote Socken gegen soziale Kälte

Abgabe bis zum 4. Advent im Linken Laden

In den letzten Wochen haben wieder viele Genoss*innen Socken, Schals und Mützen für den guten Zweck gestrickt oder gehäkelt. Manche von uns sind dabei sogar zum Strickcafé im Linken Laden zusammengekommen und haben schöne Stunden bei Keksen und Glühpunsch verbracht. Wie schon im letzten Jahr wollen wir die gespendeten Sachen in der Vorweihnachtszeit im SCHIRM-Projekt, einer halleschen Anlaufstelle für Jugendliche und Familien in schwierigen Situationen, übergeben.

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen bedanken, die sich bereits an der diesjährigen Aktion beteiligt haben. Wenn ihr auch noch fertige Schmuckstücke habt, bringt diese bitte bis spätestens zum 4. Advent in den Linken Laden in der Leitergasse 4.

Eine gute Gelegenheit hierfür ist das letzte Strickcafé in diesem Jahr.

Das findet am 16.12. ab 16 Uhr statt und wird sicher wieder höchst weihnachtlich-gemütlich.



Alternativer Neujahresempfang

**Zeit: 13. Februar 2023
um 10 - 13 Uhr**

**Ort: Wochenmarkt in
Halle-Neustadt**

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Beratung der Basis- und Ortsverbandsvertreter:innen

**Zeit: 11. Januar 2023
um 18 Uhr**

Ort: Linker Laden

ND-Leseclub

Der ND-Leserclub trifft sich am **21. Dezember 2022** um **12:30 Uhr** und weiterhin am **18. Januar 2023** ebenfalls um **12:30 Uhr** im **Linken Laden**.

Auch alle Leser weiterer Tageszeitungen sind herzlich willkommen.

Hajo Gunkel

Rechte Bedrohung endlich ernst nehmen

Seit den frühen Morgenstunden durchsuchen bundesweit Spezialeinheiten Wohnungen und Räumlichkeiten von Personen, denen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und die Vorbereitung eines gewaltsamen Staatsstreiches vorgeworfen wird. Dazu erklärt Henriette Quade, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt:

„Die Mitteilung des Generalbundesanwaltes benennt die enorme Gefahr der Reichsbürgerszene, auf die Fachstellen und Journalist:innen seit langer Zeit hinweisen. Viel zu oft werden solche Gruppierungen nur belächelt, Akteur:innen als verwirrt dargestellt. Die Abstrusität ihrer Staatsmodelle, Herleitungen und Ideologie führt nicht selten zu einer Verharmlosung. Der Verfassungsschutz gibt an, dass nur ein kleiner Teil der Reichsbürgerszene überhaupt als rechtsextrem einzuschätzen sei.

Die Beschuldigungen, auf denen die heutigen Durchsuchungen basieren, zeigen deutlich das Gefahrenpotential. Die Ideen von einem „souveränen Deutschland“ lassen sich nur mit Gewalt umsetzen. Sie gehen immer einher mit der „Bestrafung“ demokratischer Repräsentant:innen und Verantwortungsträger:innen. Es liegen Hinweise für die Bewaffnung und Ausspähung vor sowie Pläne für eine künftige Regierung.

Eine zentrale Rolle soll dabei eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD und Richterin gespielt haben, die als Justizministerin mutmaßlich federführend für das Vorgehen gegen alle, die als politische Feinde gelistet wurden, verantwortlich sein sollte. Erneut zeigt sich: Die AfD ist der parlamentarische Arm rechten Terrors.

Wir sehen zudem die Radikalisierung der Szene, die maßgeblich mit den Coronaleugner:innen-Demonstrationen ihren Ausdruck fand. Die Markierung als politische Feinde, verbale Attacken und Aufforderungen zu weitergehenden Aktionen, die emotionale Aufladung fanden und finden maßgeblich in Telegramkanälen und bei diesen Demonstrationen statt. Vielfach kam es

bereits bei solchen Aktionen zu Übergriffen und Angriffen, wie z. B. das Belagern des Hauses des Oberbürgermeisters von Halberstadt. Sie sind die Vorstufe zu weiterreichenden Angriffen, wie sie mit den heutigen Razzien offenbar verhindert werden sollen. Sie zeigen auch: Mit dem Extremismusbegriff kommt man dem nicht bei. Er ist nicht geeignet, gesellschaftliche Entwicklungen und Bedrohungen zu analysieren.

Besonders besorgniserregend ist der Zugang zu Waffen und die Rolle von Angehörigen des Sicherheitsapparates, insbesondere des KSK der Bundeswehr und der Polizei. Die Durchsuchungsmaßnahmen und die ihnen zu Grunde liegenden Erkenntnisse müssen deshalb endlich Anlass sein, bisherige Einschätzungen, Gefährdungsprognosen und behördliche Maßnahmen in Frage zu stellen. Die seit Jahren wiederholte Einschätzung des Verfassungsschutzes, nur ein kleiner Teil der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene sei rechtsextrem, ist faktisch nicht haltbar. Vielfach haben Versammlungsbehörden und Polizei offenbar keine adäquaten Gefährdungsanalysen getroffen und Angriffe zugelassen. Viel zu oft konnten radikale Rechte und die sie tragende Szene bestärkt aus solchen Aktionen hervorgehen, weil Behörden handlungsunfähig oder nicht handlungswillig waren. Viel zu oft wird der Charakter und die Gefährlichkeit der Szene und ihrer Aktionen verharmlost und werden Alter, Situiertheit und optische Erscheinung als Beleg für Harmlosigkeit dargestellt.

Noch immer sind Komplexe wie Nordkreuz und die Rolle des KSK für rechte Netzwerke ungenügend aufgearbeitet und werden als Einzelfälle dargestellt. Noch immer ist die vom Verfassungsschutz geleitete Unterteilung in „extremistisch“ und „bürgerlich“ maßgeblich für die Beurteilung von Bedrohungslagen. Die heutigen Maßnahmen zeigen:

Das ist falsch, brandgefährlich und muss endlich überwunden werden.“

Magdeburg, 7. Dezember 2022

Heizen darf kein Luxus werden! Die Linksfraktion bringt den Energiepreisdeckel in den Landtag und fordert, die Gasumlage zu kippen.



Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben Angst. Angst, dass sie die nächste Energie- und Gasabrechnung nicht bezahlen können. Angst, dass ihr Leben bald nicht mehr bezahlbar ist. Diese Angst nimmt DIE LINKE Fraktion ernst. Die Politik ist in der Verantwortung, der drohenden sozialen Spaltung entschieden entgegen zu wirken und die Menschen spürbar zu entlasten. Unsere Fraktionsvorsitzende Eva von Angern hat im Landtag konkrete Maßnahmen vorgestellt, die einen solidarischen Weg aus der Krise skizzieren:

» Wir brauchen wieder eine echte Vermögenssteuer, wir brauchen eine einmalige Vermögensabgabe, die mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Wir brauchen eine Entlastung von kleinen & mittleren Einkommen und keine Entlastung der Superreichen. Unsere Forderung lautet: Krisengewinner zur Kasse! Deshalb muss die Gasumlage verhindert und die Energiepreise gedeckelt werden.«



**Die neue Zeitung
der Fraktion.**